



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Katastrophenschutz zukunftsfest aufstellen – überörtliche Katastrophenschutzlager jetzt einrichten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Landtag und im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die Nutzung des Geografischen Katastrophenschutz-Informationssystems (GeoKat) und den Stand der Erfassung von staatlich und kommunal bereitgehaltenen Ressourcen im Bevölkerungsschutz zu berichten,
- unverzüglich ein erstes überörtliches Katastrophenschutzlager einzurichten und zu betreiben und ausreichend Material für Evakuierung, Unterbringung und Betreuung der Bevölkerung im Katastrophenfall zu beschaffen,
- darüber hinaus mit Blick auf zunehmende Starkregen -und Hochwasserereignisse zusätzliche Ausstattung für Strömungsrettung anzuschaffen und bereitzustellen.

Begründung:

Das Konzept Katastrophenschutz Bayern 2025 der Staatsregierung formuliert das Ziel, überregionale staatliche Katastrophenschutzlager zu errichten, um bei künftig drohenden Großschadenslagen und Katastrophen bestmöglich gerüstet und vorbereitet zu sein. Ziel ist es, über örtliche Vorhaltungen hinausgehende Ausrüstungsgegenstände, Einsatzmittel und Spezialressourcen vorzuhalten. Zum jetzigen Zeitpunkt, Stand November 2024, existiert noch kein einziges dieser geplanten überörtlichen Lager in Bayern. Das muss so schnell wie möglich geändert werden, es ist nicht hinnehmbar hier länger zuzuwarten.

Derzeit ist die Staatsregierung offensichtlich noch nicht in der Lage, sich einen realistischen Überblick über die vorhandenen Ressourcen im Bevölkerungsschutz zu verschaffen. Die Frage, wie viele Feldbetten derzeit in Bayern durch den Freistaat einschließlich Kreisverwaltungsbehörden bevorratet werden, konnte die Staatsregierung nicht vollständig beantworten und verwies auf das Problem, dass die Zahlen schwanken und die Erfassung in der Datenbank GeoKat nicht aktuell sei.

Gleichzeitig muss schon jetzt daran gedacht werden, dass vor allem den wichtigsten Bedrohungslagen angepasste Ausrüstung bevorratet und angeschafft wird. Für die Strömungsrettung mit großen Evakuierungseinsätzen, wie zuletzt im Juni 2024 in Bayern, muss z. B. entsprechendes Material angeschafft werden.